

presse

Sechs Millionen Euro mehr für die Arbeits- und Dienstleistungsforschung

***René Röspel**, stellvertretender forschungspolitischer Sprecher;
Willi Brase, zuständiger Berichterstatter:*

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass im kommenden Jahr sechs Millionen Euro mehr für die Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungsforschung ausgegeben werden. Durch den Ausbau der Forschung zu künftigen Arbeitswelten wird langfristig die Innovationsfähigkeit Deutschlands weiter gestärkt. Neue Innovationen müssen mit einer Humanisierung der Arbeitswelt einhergehen.

„Mit den sechs Millionen Euro zusätzlich für die Produktions-, Arbeits- und Dienstleistungsforschung zeichnet sich nach Jahren der technikzentrierten Förderung unter Schwarz-Gelb eine Trendwende ab. Mit den im Haushaltsausschuss bewilligten zusätzlichen Mitteln für das kommende Jahr soll insbesondere die Arbeits- und Dienstleistungsforschung gestärkt werden.“

Deutschland wird seine Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit auf Dauer nur sichern können, wenn wir auf die künftigen Arbeitswelten gut vorbereitet sind. Der Erforschung von künftigen Arbeits- und Dienstleistungsszenarien sowie von Qualifizierungsbedarfen kommt eine besondere Rolle zu. Bei der Planung und Umsetzung des Förderprogramms findet sich die von der SPD in den Koalitionsvertrag hinein verhandelte Forderung nach einer engen Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern aus Gewerkschaften und Arbeitgebern mit der Zielsetzung der Humanisierung der Arbeit wieder. Denn nur so ist sichergestellt, dass die neuen Erkenntnisse auch in die Betrieben transferiert werden und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern direkt zugutekommen.

Wir werden uns dafür stark machen, dass die Förderung der Arbeits- und

Dienstleistungsforschung auch in den kommenden Jahren durch entsprechende Aufwüchse bei den Haushaltsmitteln gestärkt wird. Die vereinbarten 52 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dennoch ist insbesondere ein stärkerer Anstieg der entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten 2016 und darüber hinaus zu prüfen.“